

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

48. Ausgabe, August 2008

Kasachstan

Verrechnungspreise

Der Präsident der Republik Kasachstan hat die vorgeschlagenen Änderungen zum Verrechnungspreisgesetz am 10. Juli 2008 unterzeichnet. Das neue Gesetz soll mit Wirkung zum 1. Januar 2009 in Kraft treten und das „Gesetz zur staatlichen Kontrolle der Anwendung von Verrechnungspreisen“ vom 5. Januar 2001 ersetzen. Im Wesentlichen umfassen die Änderungen:

- Einführung des Fremdvergleichsgrundsatzes;
- Anwendung einer Verrechnungspreiskontrolle für nahestehende und fremde Personen;
- Widerruf des 10 %-igen „safe harbours“ für zwischen voneinander unabhängigen Personen stattfindende Transaktionen;
- Einführung von Preisspannen anstelle von Benchmark-Preisen;
- Anwendung auf grenzüberschreitende und spezielle nationale Transaktionen;
- Advance Pricing Agreements;
- Übersicht mit Dokumenten und Informationen, die zur Begründung des Verrechnungspreises eingereicht werden müssen;
- Zusätzliche Methoden zur Bestimmung des Marktpreises: „Gewinnaufteilungs-“ und „Nettomargen-Methode“;
- Einführung einer Definition des geeigneten Marktes für identische Güter und Dienstleistungen.

Kontakt vor Ort

Abdulhamid Muminov, Telefon: +7 (727) 298 0448

Lettland

Wiederverkaufspreis- methode

Die Wahl der richtigen Verrechnungspreismethode wurde mit der Vorschrift Nr. 852 des Ministerkabinetts, die sich mit der Erstellung der jährlichen Körperschaftsteuererklärung und Steuervorauszahlungen beschäftigt und am 11. Dezember 2007 in Kraft trat, aktuell.

Diese Vorschrift modifiziert den Inhalt des Anhangs 2 der Körperschaftsteuererklärung. Steuerpflichtige, die eine Geschäftsbeziehung mit einer nahestehenden Person eingegangen sind, müssen diesen Anhang nutzen um über die angewandte Verrechnungspreismethode zu berichten. Gibt ein Steuerpflichtiger an, die Wiederverkaufspreismethode angewandt zu haben, so muss er in der Lage sein, bei einer Betriebsprüfung darlegen zu können, wie er die marktübliche Gewinnmarge ermittelt und diese auf den Verrechnungspreis angewandt hat.

Laut den OECD „Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations“ und den lettischen Körperschaftsteuervorschriften ist die Wiederverkaufspreismethode in Fällen anwendbar, in denen ein Steuerpflichtiger Güter von einem nahestehenden Unternehmen kauft und diese an fremde Unternehmen weiterverkauft, ohne das Gut in bedeutender Art und Weise verändert zu haben.

Der Theorie folgend beruht die Wiederverkaufspreismethode auf einem marktüblichen Preis, den ein lettischer Steuerpflichtiger beim Verkauf an ein fremdes Unternehmen verlangt hätte. Die marktübliche Gewinnmarge wird dann anhand dieses marktüblichen Preises abgeleitet, um schließlich einen marktüblichen Einkaufspreis zu ermitteln. Zu diesem Preis hätte unter

Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes ein lettischer Steuerpflichtiger von einer ihm nahestehenden Person einkaufen sollen.

Um diesen Marktwert zu ermitteln, muss der Steuerpflichtige Unternehmen finden, die vergleichbare Transaktionen unter vergleichbaren Umständen, in vergleichbaren Märkten und der gleichen oder einer ähnlichen Branche tätigen. Die Bruttomarge dieser vergleichbaren Unternehmen sollte dann für die Berechnung des marktüblichen Preises der Transaktion mit einer nahestehenden Person genutzt werden.

Um in Bezug auf den Bruttogewinn geeignete Vergleichsunternehmen zu finden, nutzen die Finanzverwaltungen der EU-Staaten AMADEUS (Analyse MAJor Databases from EUropean Sources), eine Datenbank, die öffentlich zugängliche Finanzdaten von circa 1,5 Millionen europäischen Unternehmen zusammenträgt. Da die Anforderungen an die Daten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung dargelegt werden müssen, innerhalb der EU variieren, stellt sich häufig heraus, dass Angaben über den Bruttogewinn für einen Großteil der Vergleichsunternehmen oftmals nicht zur Verfügung stehen. Das hat zur Folge, dass ein anderer Gewinnindikator angewandt werden sollte. In diesem Zusammenhang ist der Rückgriff auf den operativen Gewinn geläufig, da nahezu alle in AMADEUS aufgeführten Unternehmen diesen in ihren Finanzdaten ausweisen.

Kann jedoch ein Steuerpflichtiger, auch ohne dass dieser den Bruttogewinn genutzt hat, als Anwender der Wiederverkaufspreismethode eingestuft werden? In solchen Fällen sollte die Verrechnungspreisdokumentation grundsätzlich deutlich machen, dass eine modifizierte Wiederverkaufspreismethode zur Anwendung kam. Indes sehen die lettischen Körperschaftsteuervorschriften eine solche Modifikation nicht vor. Nutzt ein Unternehmen also nicht den Bruttogewinn, sondern den operativen Gewinn, so wird dieses Unternehmen den Körperschaftsteuerlichen Vorschriften folgend nicht als Anwender der Wiederverkaufspreismethode eingestuft.

Bausektor - Umsatzsteuer und Sicherheitseinbehalt

Im Rahmen der Ausführung großer Bauvorhaben ist es möglich, dass die beteiligten Parteien eine Klausel bezüglich eines Sicherheitseinhalts in ihren Verträgen festsetzen, welche zur Folge hat, dass der Vertragspartner einen bestimmten Betrag erst erhält, wenn sowohl eine Auslieferung- und Abnahmeerklärung als auch eine Garantievereinbarung nach Fertigstellung des Projekts unterzeichnet wurden. Ist eine solche Erklärung abgegeben und die steuerliche Rechnung am Ende der jeweiligen Abrechnungsperiode ausgestellt, wirft dies die Frage auf, ob besagter Betrag bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage berücksichtigt werden sollte.

Bei der Bestimmung der korrekten Umsatzsteuerzahlungsperiode für durchgeführte Bauprojekte ist es wichtig festzuhalten, dass gemäß § 8 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetz (UStG) eine Dienstleistung im Zeitpunkt ihrer tatsächlichen Ausführung erbracht wird. Im Baugewerbe ist es dabei gemeinhin akzeptiert, dass eine Leistung erbracht wird, sobald die Auslieferungs- und Abnahmeerklärung unterzeichnet wird. Gemäß § 12 Abs. 1.6 UStG soll die Umsatzsteuer (USt) in der Umsatzsteuererklärung aufgeführt werden, nachdem die Dienstleistung erbracht und die steuerliche Rechnung ausgestellt wurde. Bei der Bestimmung des Werts der dargelegten Leistung ist es bedeutsam festzuhalten, dass sich die USt anhand des Marktwerts der Leistung bestimmt, einschließlich aller Kosten, Steuern und anderer obligatorischer Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung stehen. Demzufolge ist die USt auf den gesamten Wert der ausgeführten Arbeit zu erheben, der Sicherheitseinbehalt ist folglich nicht auszunehmen.

Eine steuerliche Rechnung muss zu allen durch § 8 Abs. 5.1 UStG vorgeschriebenen Details, einschließlich des Werts der während der im jeweiligen Monat ausgeführten Arbeit und der Höhe der USt, Auskunft geben. Eine solche Rechnung sollte überdies weitere, für die beteiligten Parteien

bedeutsame Informationen bereitstellen (bspw. die Höhe des Sicherheitseinbehalts und die Zahlungshöhe). Der Käufer ist berechtigt sich mit Hilfe seiner Umsatzsteuererklärung die gemäß § 10 UStG auf dem Wert der während des Monats ausgeführten Leistung basierende Vorsteuer erstatten zu lassen.

Um jenen Teil des Preises, der vertraglich einbehalten wird, während der Erstellung des Projekts zu berücksichtigen, sollte der Bauunternehmer dem Käufer eine auf den vertraglichen Vereinbarungen basierende Rechnung stellen. Dies ist jedoch keine steuerliche Rechnung und es sollte keine USt aufgeführt werden. Im Rahmen der gegenseitigen Verrechnung bezüglich des Sicherheitseinbehalts sind die Parteien weder verpflichtet USt zu zahlen noch berechtigt, Vorsteuer geltend zu machen.

Kontakt vor Ort

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Litauen Jahresabschluss

Am 26. Juni 2008 wurden Änderungen des Gesetzes zum Jahresabschluss durch das litauische Parlament verabschiedet. Gemäß diesen Änderungen sollen Unternehmen nicht der obligatorischen Prüfung des Jahresabschluss unterliegen, sofern am letzten Tag des Wirtschaftsjahres mindestens zwei Indikatoren nicht bestimmte, durch das Gesetz für zwei aufeinanderfolgende Wirtschaftsjahre festgelegte Schwellenwerte überschreiten. Jene Schwellenwerte lauten wie folgt:

- Nettoumsatzerlöse innerhalb eines Wirtschaftsjahres: 12 Mio. LTL [ca. 17,2 Mio. EUR] (bislang: 10 Mio. LTL [ca. 14,3 Mio. EUR]);
- Nettobuchwert der bilanziellen Aktiva: 6 Mio. LTL [ca. 8,6 Mio. EUR] (bislang: 5 Mio. LTL [ca. 7,2 Mio. EUR]);
- Durchschnittliche Zahl der Arbeitskräfte während eines Wirtschaftsjahres: 50 (wie bislang).

Gemäß den Änderungen dürfen Unternehmen eine verkürzte Bilanz, eine verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung, sowie einen verkürzten Anhang erstellen und sind nicht verpflichtet eine Cash-Flow-Rechnung aufzustellen, sofern am letzten Tag des Wirtschaftsjahres mindestens zwei Indikatoren nicht die durch das Gesetz festgelegten Schwellenwerte überschreiten. Diese lauten:

- Nettoumsatzerlöse innerhalb eines Wirtschaftsjahres: 10 Mio. LTL [ca. 14,3 Mio. EUR] (bislang: 7 Mio. LTL [ca. 10 Mio. EUR]);
- Nettobuchwert der bilanziellen Aktiva: 6 Mio. LTL [ca. 8,6 Mio. EUR] (bislang: 5 Mio. LTL [ca. 7,2 Mio. EUR]);
- Durchschnittliche Zahl der Arbeitskräfte während eines Wirtschaftsjahres: 15 (bislang: 10).

Sofern der litauische Präsident diese Änderungen billigt, sollen sie mit Wirkung zum 1. September 2008 in Kraft treten.

Konzernabschluss

Am 26. Juni 2008 wurden Änderungen des Gesetzes zum Konzernabschluss vom litauischen Parlament verabschiedet. Gemäß diesen Änderungen ist die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses abhängig von bestimmten Indikatoren. Die Vorschriften des Konzernabschlusses sollen nicht zur Anwendung kommen, wenn am letzten Tag des Wirtschaftsjahres mindestens zwei Indikatoren des Konzerns nicht jene vom Gesetz festgelegten Schwellenwerte überschreiten:

- Nettoumsatzerlöse innerhalb eines Wirtschaftsjahres: 30 Mio. LTL [ca. 43 Mio. EUR];
- Buchwert der bilanziellen Aktiva: 18 Mio. LTL [ca. 25,8 Mio. EUR];

- Durchschnittliche Zahl der Arbeitskräfte während eines Wirtschaftsjahres: 75.

Sollte der litauische Präsident diese Änderungen billigen, treten sie mit Wirkung zum 1. September 2008 in Kraft.

Gesellschaftsrecht

Am 15. Mai 2008 traten Änderungen des Gesellschaftsrechts in Kraft. Diese beinhalten insbesondere Folgendes:

- Die Regelungen bezüglich der Herabsetzung des Stammkapitals durch Auszahlung von Geldmitteln an die Anteilseigner wurden vereinfacht. Gemäß den neuen Vorschriften ist die Voraussetzung, vor der Auszahlung keine langfristigen Verbindlichkeiten aufzuweisen, in jenen Fällen einer Stammkapitalreduzierung nicht anzuwenden, in denen alle Kreditgeber eine schriftliche Genehmigung erteilen.

Die vorgenannten Änderungen sind seit dem 1. Juli 2008 anwendbar.

Kontakt vor Ort

Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 (5) 2 39-23 00

Rumänien Änderungen des Steuerrechts

Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 werden die folgenden, auf einer Notfallverordnung beruhenden Änderungen zur Anwendung kommen:

- Der Quellensteuersatz auf von Steuerausländern empfangene Dividenden aus Rumänien wird von 16 % auf 10 % herabgesetzt. Dies gilt sowohl für Unternehmen aus Mitgliedsstaaten der EU als auch denen der Europäischen Freihandelszone;
- Der gegenwärtig anzuwendende und auf 0 % reduzierte Quellensteuersatz für in EU-Mitgliedsstaaten ansässige Unternehmen soll ebenfalls für Unternehmen gelten, die in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Freihandelszone ansässig sind, sofern die in den Steuergesetzen genannten Bedingungen erfüllt werden (bspw. muss der Dividendenempfänger zum Zahlungszeitpunkt mindestens 15 % - ab 2009 10 % - der Anteile an der rumänischen Gesellschaft mindestens 2 Jahre ununterbrochen halten);
- Der reduzierte Quellensteuersatz in Höhe von 10 % - ab 2011 0 % - auf Zinsen und Lizenzen, der gegenwärtig auf in EU-Mitgliedsstaaten ansässige Unternehmen, die bestimmte Kriterien erfüllen (der Empfänger ist zum Zahlungszeitpunkt mindestens 2 Jahre ununterbrochen im Besitz von mindestens 25 % der Anteile [Nominalbeteiligung oder Anteilswerte] an der rumänischen Gesellschaft), anzuwenden ist, soll ebenfalls für Unternehmen zur Anwendung gelangen, die in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Freihandelszone ansässig sind.

Investitionsanreize

Die Notfallverordnung der Regierung Nr. 85/2008 (nachfolgend: die Verordnung) hinsichtlich der Förderung von Investitionen wurde veröffentlicht. Diese stellt einen generellen Rahmen für die staatliche Förderung, die zur Unterstützung bestimmter Investitionen gewährt werden kann, bereit. Die Verordnung sieht folgende Anreize vor, welche im Rahmen staatlicher Förderung oder in Form von Beihilfen an Privatpersonen aufgrund von Gesetzen oder Verordnungen gewährt werden können:

- Nicht-rückzahlbare Beträge für den Erwerb beweglichen oder unbeweglichen Vermögens;
- Finanzielle Beiträge aus dem Staatshaushalt für neu geschaffene Arbeitsplätze;
- Zinssubventionen bei vertraglichen Darlehen.

Darüber hinaus gibt es weitere, in den zurzeit gültigen Gesetzen beschriebene Anreizformen.

Basierend auf der Verordnung bewilligen die betreffenden Behörden staatliche Förderungen und Beihilfen für Privatpersonen für Investitionen in folgenden Bereichen:

- Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen zum Zwecke des Aufbaus einer neuen oder der Erweiterung einer bestehenden Unternehmenseinheit, der Diversifikation der Produktion oder der grundlegenden Veränderung des Produktionsprozesses;
- Erwerb von Anlagevermögen, welches in unmittelbarem Zusammenhang mit einer geschlossenen Betriebsstätte oder einer Betriebsstätte steht, die geschlossen worden wäre;
- Aufnahme bestimmter Forschungs- und Entwicklungsprojekte;
- Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- Ausbildung von Arbeitskräften;
- Aufnahme von Projekten bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien, des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung.

Um von der staatlichen Förderung zu profitieren sollten die Investitionen dazu beitragen, eines der in der Verordnung genannten Ziele zu erreichen:

- Entwicklung und regionale Kohäsion;
- Umweltschutz und –regeneration;
- Steigerung der Energieeffizienz, der Produktion und der Nutzung erneuerbarer Energien;
- Förderung von Forschung und Entwicklung und innovativer Prozesse;
- Beschäftigung und Weiterbildung der Arbeitskräfte.

Überdies sollte die Investition bestimmten festgelegten Bereichen zuzuordnen zu sein:

- Industrialisierung landwirtschaftlicher Prozesse;
- Verarbeitende Industrie;
- Energieversorgung;
- Umweltschutz;
- Wasserversorgung, Kanalisierung und Abfallmanagement;
- Informationstechnologien & Kommunikation;
- Forschung, Entwicklung und Innovation;
- Auf das Personal bezogene Dienstleistungen.

Um die auf der Verordnung beruhende staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen zu können, muss die Investition eines der folgenden Kriterien erfüllen:

- Investition in einer wirtschaftlich schwach entwickelten Region;
- Investition in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit;
- Investition mit dem Ziel neue infrastrukturelle Gegebenheiten zu erreichen oder vorhandene zu modernisieren;
- Beinhaltet Forschung und Entwicklung, Innovationstätigkeiten oder einen hohen Grad an Technologienutzung;
- Verbesserung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien;
- Positiver Einfluss auf die Umwelt;
- Sieht die Entwicklung des Personalwesens, die Leistungssteigerung von Fachleuten und Fortbildungsmaßnahmen vor.

Sollte ein Investitionsprojekt eine Förderung in Form nicht-rückzahlbarer Zuschüsse durch die Europäische Union oder anderer Quellen in Anspruch nehmen können, ist für besagtes Projekt die Nutzung der dargelegten staatlichen Förderung nicht möglich. Um die staatliche Förderung nutzen zu können, muss der Investor überdies eine Rechtsperson sein, die Investitionen in Rumänien tätigt, und bestimmte Kriterien erfüllen.

Kontakt vor Ort

Silke Mattern, Telefon: + 40 (21) 2 02-84 86

Polen Umwandlung einer Kapital- in eine Personengesellschaft

Das polnische Finanzministerium hat Entwürfe sowohl des Körperschaftsteuer- als auch des Einkommensteueränderungsgesetzes erarbeitet, gemäß denen unter anderem die Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft eine Besteuerung der thesaurierten Gewinne zur Folge haben soll.

Die Einkünfte entstehen dabei am Tag der Umwandlung und werden mit einem Steuersatz von 19 % belastet. Dieser Steuersatz gilt unabhängig davon, ob es sich bei dem Gesellschafter um eine natürliche oder juristische Person handelt. Die neuen Regelungen sollen am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

In den zurzeit geltenden Vorschriften des Körperschaftsteuer- (KStG) und des Einkommensteuergesetzes (EStG) fanden sich bislang keine expliziten Regelungen bezüglich der Frage, ob die thesaurierten Gewinne zum Zeitpunkt der Umwandlung besteuert werden. Die Steuerbehörden sind sich hinsichtlich der Besteuerung besagter Gewinne daher bisher uneins. Zum Teil wird die Auffassung vertreten, die thesaurierten Gewinne sollten nicht am Tag der Umwandlung, sondern zum Zeitpunkt:

- der Auflösung der Personengesellschaft, oder
- des Austritts der Unternehmer aus der Gesellschaft, oder
- der Auszahlung der thesaurierten Gewinne an den Gesellschafter, oder
- der Erhöhung des Gesellschafteranteils an der Personengesellschaft

besteuert werden.

Sonderwirtschaftszonen

Die bereits in Ausgabe 45 angekündigten Änderungen des Sonderwirtschaftszonengesetzes sind am 4. August 2008 in Kraft getreten und sehen u.a. eine Vergrößerung der größtmöglichen Fläche von 12.000 auf 20.000 ha vor.

Die Änderungen betreffen auch die Voraussetzungen für die Tätigkeit in der Sonderwirtschaftszone, die in der Genehmigung niedergelegt sind. Neben den bisherigen Voraussetzungen bezüglich der Anzahl von neuen Arbeitsplätzen und der Mindestinvestitionssumme werden zusätzlich folgende Bedingungen eingeführt:

- Angaben bezüglich der maximal förderfähigen Investitionsausgaben,
- Angaben bezüglich der Frist zur Beendigung der Investition.

Darüber hinaus werden gemäß den neuen Vorschriften besondere Bedingungen für diejenigen Investoren eingeführt, die die Sonderwirtschaftszonen auf ihre privaten Grundstücke erweitern wollen.

Kontakt vor Ort

Tomasz Galka, Telefon: + 48 (71) 356 11 85

Serbien Montenegrinisches Körperschaftsteuer- gesetz

Das montenegrinische Parlament hat die kürzlich vorgeschlagenen Änderungen des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) angenommen. Die Änderungen traten zum 27. Juni 2008 in Kraft und sind im Wesentlichen darauf ausgerichtet, ausgewählte Bereiche des KStG wie beispielsweise die Quellenbesteuerung und die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen detaillierter zu regeln. Daneben sollen sie auch Änderungen bezüglich der Korrekturen der steuerlichen Bemessungsgrundlage und eine Reihe neuer Steueranreize herbeiführen.

Quellensteuer

(1) Quellensteuer auf Zahlung an nicht ansässige Personen

Am Bedeutendsten ist wohl die Änderung bezüglich des Anwendungsbereichs der Quellensteuer. Bislang erhoben auf Dividenden, Gewinnbeteiligungen, Zins- und Lizenzeinnahmen sowie Mieteinnahmen aus unbeweglichem Vermögen,

wurde dieser nun erweitert. Er umfasst künftig auch Einkünfte nicht ansässiger Personen aus:

- Beratungs-, Marketing- und Prüfungsleistungen,
- anderen geistigen Eigentumsrechten,
- der Vermietung beweglichen Vermögens.

Die Quellensteuerpflicht besteht sowohl für in Montenegro ansässige Unternehmen als auch für Betriebsstätten von Steuerausländern.

Die Änderungen sehen generell eine Reduzierung des Quellensteuersatzes von 15 % auf 9 % vor. Die gegenwärtig auf Zinszahlungen erhobene Quellensteuer in Höhe von 5 % wird mit Wirkung zum 1. Januar 2010 auf 9 % erhöht.

(2) Quellensteuer auf an Steuerinländer ausgeschüttete Dividenden

Die Änderungen führen überdies eine Quellensteuer in Höhe von 9 % auf an Steuerinländer ausgeschüttete Dividenden und Gewinnbeteiligungen ein. Dies gilt sowohl für natürliche als auch für juristische Personen.

(3) Aufhebung der Quellensteuerbefreiung für Kapitalerhöhungen

Die Änderungen heben die Quellensteuerbefreiung für Dividenden und Gewinnbeteiligungen, die zur Erhöhung der Einlage des Steuerpflichtigen genutzt werden, auf.

Korrekturen der steuerlichen Bemessungsgrundlage

Abschreibungen auf einzelne Forderungen gegenüber Parteien, die gleichzeitig Kreditgeber sind, werden als nicht abzugsfähig betrachtet.

Abgesehen vom Umlaufvermögen wird der Abschreibungsaufwand für Investitionen in unbewegliches Vermögen anerkannt. Der Schwellenwert für die Behandlung als Anlagevermögen für Abschreibungszwecke wurde auf 300 EUR erhöht (gegenwärtig: 200 EUR).

Ausgaben zum Zwecke der Gesundheit, der Bildung, der Wissenschaft, aber auch für religiöse, kulturelle, sportliche oder humanitäre Zwecke und jene zum Schutz der Umwelt sollen bis zu einer Höhe von 3,5 % des Gesamtumsatzes als Aufwand berücksichtigt werden können (bislang: 3 %).

Bestimmung von Veräußerungsgewinnen

Gemäß der Änderungen beträgt der Veräußerungsgewinn die positive Differenz zwischen dem Verkaufs- und dem Kaufpreis eines Vermögenswerts oder des in der Bilanz ausgewiesenen und um steuerliche Abschreibungen korrigierten „fair value“.

Es fließen jedoch lediglich 50 % des realisierten Veräußerungsgewinns in die steuerliche Bemessungsgrundlage jenes Jahres, in dem er entsteht, ein.

Neue Steueranreize

(1) Ausweitung der nicht körperschaftsteuerpflichtigen Personen

Die Aufzählung von Personen, die nicht der Körperschaftsteuer unterliegen, wurde erweitert. Die Befreiung gilt jedoch nicht für die gewinnorientierten Aktivitäten dieser Personen. Neben staatlichen und autonomen Institutionen wurden die folgenden Personen der Aufzählung hinzugefügt: die Tourismusorganisation, Sportvereine, die öffentliche Hand, öffentliche Institutionen, Sportgesellschaften und –verbände, religiöse Gemeinden, Künstlervereinigungen, Nicht-Regierungsorganisationen, politische Parteien, Kammern und Syndikate. Die Bemessungsgrundlage in Bezug auf die am Markt realisierten Gewinne sollte durch die Abgrenzung jener Umsätze und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den gemeinnützigen Tätigkeiten stehen, ermittelt werden.

(2) Investitionen in für die Produktion von Strom aus erneuerbaren Ressourcen genutzten beweglichen Vermögenswerten

Für Steuerpflichtige, die in für die Stromgewinnung aus erneuerbaren Ressourcen genutzte bewegliche Vermögenswerte und im Rahmen der Energieeffizienz genutzte bewegliche Vermögensgegenstände investiert haben, reduziert sich die steuerliche Bemessungsgrundlage um 50 % der getätigten Investition.

Kontakt vor Ort

Marija Bojovic, Telefon: +381 (11) 33 02-1 00

Kazakhstan Draft Transfer Pricing Law

The President of Kazakhstan has signed the proposed changes and amendments to the Transfer Pricing Law on 10 July 2008. The new Law shall be effective as of 1 January 2009 and replace the Law dated 5 January 2001 "On State Control of Application of Transfer Prices". The main changes include:

- introduction of the arms' length principle;
- application of transfer pricing control to related and independent parties;
- revoked 10% safe harbour for independent party transactions;
- introduction of price ranges instead of single benchmark price;
- application to cross-border and certain domestic transactions;
- Advance Pricing Agreement ("APA" mechanism);
- list of documents and information required for supporting transfer prices;
- additional methods for market price determination – 'profit split' method and 'transactional net margin' method;
- introduction of the definition of the appropriate market for the identical goods/services.

Latvia Resale price method

Choosing the right transfer pricing (TP) method became topical when the Cabinet of Ministers' Regulation No. 852, which deals with completing the annual corporate income tax (CIT) return and computing advance tax payments, came into force on 11 December 2007. This regulation changed the content of Appendix 2 to the CIT return. A taxpayer having entered into transactions with a related party must use this appendix to report the TP method applied. If a taxpayer reports having applied the resale price method, then he must be able to show on a tax audit how he computed an arm's length profit margin and used it in arriving at the transfer price.

According to the OECD's *Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations* and Latvia's CIT Regulation, the resale price method is applicable where a taxpayer buys goods from a related company and sells on to unrelated companies without transforming the goods substantially.

According to the theory, the resale price method is based on an arm's length price at which a Latvian taxpayer sells to unrelated parties. An arm's length gross profit margin is then deducted from the arm's length selling price to arrive at an arm's length purchase price at which the Latvian taxpayer should buy from a related company.

To arrive at an arm's length value, a taxpayer must find companies making comparable transactions in similar economic circumstances, in similar markets, in a similar or identical industry etc. The gross profit margin of such comparable companies should be used to compute an arm's length price for the related party transaction.

To find sufficient comparables in terms of gross profits tax authorities across the EU use AMADEUS (Analyse MAJOR Databases from European Sources), a database that compiles publicly available financial data of about 1.5 million European companies. As requirements for information to be reported in the profit and loss account vary across the EU, it frequently turns out that gross profit data are not available for the majority of selected comparable companies. This means that another profit indicator should be used. Thus, operating profit is commonly used, as nearly all companies on AMADEUS have included this indicator in their financial data.

If a taxpayer has not used gross profit, can he be considered to have applied the resale price method? In such cases, TP documentation may state that the company has applied a modified resale price method. However, the Latvian CIT Regulation does not provide for such modification. Accordingly, if a company uses operating profit, not gross profit, then the company is not considered to have applied the resale price method under the CIT Regulation.

Construction services - VAT and retention money

When carrying out large construction projects, the parties may include a retention money clause in their contracts which the contractor will not receive from the customer until a statement of delivery and acceptance of the project is signed and a guarantee presented upon completion. Because a statement of delivery and acceptance for work carried out is drawn up and a tax invoice is issued at the end of each settlement period, this raises the question of whether retention money should be included in the taxable amount.

When determining the correct period to pay VAT for construction work carried out during the month, it is important to remember that under the VAT Act, section 8 (2), a supply of services takes place when these are actually performed. In the construction trade, it is commonly recognised that services are supplied when a statement of delivery and acceptance for completion of construction work is signed. Under the VAT Act, section 12 (1.6), VAT should be accounted for (shown in the VAT return) after services are supplied and a tax invoice issued.

When determining the service value to be reported, it is important to remember that VAT applies to the market value of services, including all costs, taxes and other mandatory charges associated with the provision of services. Thus, VAT is chargeable on the whole value of work carried out, and retention money must not be excluded from it.

A tax invoice must give all details prescribed by the VAT Act, section 8 (5.1), including the value of work carried out during the month and the amount of VAT. A tax invoice may also give other information that is important to the parties (such as the amount of retention money and the amount for payment). The trader is entitled to recover through his VAT return the input VAT charged on the full value of services (construction work carried out) during the month in accordance with the VAT Act, section 10.

To obtain the portion of the contract price retained during performance of the project, the builder should invoice the trader in accordance with the contract. This is not a tax invoice and no VAT should appear on it. When settling mutual accounts in respect of the retention money, the parties are neither required to pay VAT nor entitled to recover input VAT.

Lithuania Financial Statements

On 26 June 2008 amendments to the Law on Financial Statements of Companies were enacted by Lithuanian Parliament. According to the amendments, companies are not subject to mandatory audit of annual financial statements if on the last day of a financial year at least two indicators do not exceed the thresholds established by the Law for two financial years in a row. The thresholds are as follows:

- Net sales income during a financial year: LTL 12 million [EUR 17.2 million] (previously LTL 10 million [EUR 14.3 million]);
- Net book value of assets in the balance sheet: LTL 6 million [EUR 8.6 million] (previously LTL 5 million [EUR 7.2 million]);
- Average number of employees during the financial year: 50 (the same as previously).

According to the amendments, companies may prepare a concise balance sheet, a concise profit (loss) statement, a concise explanatory note and are not required to prepare a cash flow statement if on the last day of a financial year at least two indicators do not exceed the thresholds established by the Law for two financial years in a row. The thresholds are as follows:

- Net sales income during a financial year: LTL 10 million [EUR 14.3 million] (previously LTL 7 million [EUR 10 million]);
- Net book value of assets in the balance sheet: LTL 6 million [EUR 8.6 million] (previously LTL 5 million [EUR 7.2 million]);
- Average number of employees during the financial year: 15 (previously 10).

If the President of Lithuania approves the amendments, they shall come into force as from 1 September 2008.

Consolidated Financial Statement

On 26 June 2008 amendments to the Law on Consolidated Financial Statements of Companies were enacted by the Lithuanian Parliament. According to the amendments preparation of consolidated financial statements will be applicable considering the indicators of the group. This provision shall not be applicable if on the last day of a financial year at least two indicators of the group do not exceed the thresholds established by the Law for two financial years in a row:

- Net sales income during a financial year: LTL 30 million [EUR 43 million];
- Book value of assets in the balance sheet: LTL 18 million [EUR 25.8 million];
- Average number of employees during the financial year: 75.

If the President of Lithuania approves the amendments, they shall come into force as from 1 September 2008.

Law on Companies

On 15 May 2008 amendments to the Law on Companies came into force. The amendments comprise the following:

- Provisions of the Law on reduction of share capital when funds are paid out to shareholders were simplified. According to the new provisions, the requirement not to have any long-term liabilities before the funds are paid out will not be applicable in case of reduction of the share capital, provided that written consent of all creditors is received.

The aforementioned amendments are applicable as from 1 July 2008.

Romania Amendments to the Fiscal Code

As of 1 January 2009 the following tax amendments will apply based on an emergency ordinance on the amendments to the Fiscal Code:

- The withholding tax rate applicable to dividends received by non-residents from Romania is reduced from 16% to 10%, for both EU and EFTA member states' companies;
- The reduced withholding tax rate of 0% for dividends currently applicable to companies resident in an EU member state shall also apply to companies resident in an EFTA member state, if the conditions provided for in the Fiscal Code are met (i.e. the beneficiary of the dividends holds minimum 15% – 10% starting with 2009 – of the shares of the Romanian company, for an uninterrupted period of at least 2 years, which is met at the payment date);
- The reduced withholding tax rate of 10% (0% starting with 2011) on interest and royalties currently applicable to companies resident in an EU member state which fulfil certain conditions (the beneficial owner holds minimum 25% of the value / number of shares in the Romanian company, for an uninterrupted period of at least 2 years, which is met at the payment date) shall also apply to companies resident in an EFTA member state.

Investment stimulation

Emergency Government Ordinance no. 85/2008 on the encouragement of investments (the "Ordinance") was published. The Ordinance establishes the general framework applicable to state aid that can be granted for the encouragement of certain types of investment.

The Ordinance provides the following types of incentives that can be granted based on state aid schemes or on individual aid approved by legislation or administrative acts:

- Non-refundable amounts for the acquisitions of tangible or intangible assets;
- Financial contributions from the state budget for jobs newly created;
- Subsidized interest on contracted loans,

as well as other types of incentives prescribed by the legislation in force.

Based on the Ordinance, the relevant authorities shall issue state aid schemes/individual aid for investments consisting in:

- The acquisition of tangible or intangible assets regarding the setting-up of a new unit, the extension of an existing unit, the diversifying of production, the fundamental change of the production process;
- The acquisition of fixed assets directly linked to closed unit or to one that would have been closed;
- The commencement of certain research and development projects;
- The creation of new jobs;
- The professional training of employees;
- The commencement of projects regarding the use of renewable energy resources, environment protection and lasting development.

In order to benefit of state aid based on the Ordinance, the Investments should contribute to the achievement of one of the objectives provided by the Ordinance and to be implemented in one of the areas set-up by the Ordinance.

The Ordinance regulates the following Objectives:

- Development and regional cohesion;
- Environment protection and rehabilitation;
- Increase of energetic efficiency, production and use of energy from renewable resources;
- Encouragement of research and development and innovation processes;
- Employment and training of workforce.

The Ordinance establishes the following Areas:

- Agro-industrial processing;
- Manufacturing industry;
- Energy production and supply;
- Environment protection;
- Water supply, sanitation, waste management;
- IT&C;
- Research, development and innovation;
- Services related to the workforce.

In order to benefit by state aid based on the Ordinance, an Investment must meet one of the following criteria:

- Is localized in regions with a weak level of economical development;
- Is localized in regions with high unemployment rate;
- Aims at reaching new infrastructure objectives or at modernising existing ones;
- Involves research and development, innovation activities, or high use of technology;
- Leads to the improvement of energetic efficiency and use of renewable energy resources;
- Has a positive impact to the environment;
- Provides the development of human resources, the performance of professional improvement and training programs.

In case an investment project can be supported by non-reimbursable funds obtained from the European Union or from other sources, the said project will not be eligible for state aid under the Ordinance. In order to benefit from state

aid under the Ordinance, an investor must be a legal entity performing investments in Romania and meeting certain criteria.

Serbia Montenegrin Corporate Profit Tax Law

The Parliament of Montenegro has adopted recently proposed amendments to the Corporate Profit Tax Law (CPT Law). The CPT Law amendments came into effect on 27 June 2008. The amendments are mainly intended to regulate in greater detail less developed areas of CPT taxation such as withholding taxes and capital gains taxation but also to introduce changes in adjustments to the tax base and a few new tax incentives.

Withholding tax

(1) Withholding tax on payments to non-residents

Most notably, the scope of withholding tax, which is levied on dividends and shares in profit, interest, royalties and rental income from immovable property, has been extended to include the income of non-residents based on:

- Consulting services, marketing services and audit services,
- Other intellectual property rights and
- Rental income from movable property.

The withholding obligation exists both for Montenegrin tax resident companies and permanent establishments of non-residents. Amendments provide a general withholding rate decreased from 15% to 9%. In addition, the current 5% withholding tax rate applicable to interest will be increased to 9% as of 1 January 2010.

(2) Withholding tax on dividends paid to Montenegrin tax residents

The amendments also introduce 9% withholding tax on dividend distributions and share in profit paid to Montenegrin tax residents (both individuals and legal entities).

(3) Abolishment of withholding tax exemption for share capital increase

The amendments abolish the withholding tax exemption on dividends and shares in profits used for the increase of the initial capital of a taxpayer.

Adjustments of Taxable Base

Provisions of individual receivables of parties that are creditors at the same time will be regarded as non-deductible.

Apart from current assets, tax depreciation expenditure is acceptable for investment in immovable property. The threshold for recognition of fixed assets for tax depreciation purposes is increased to EUR 300 (as opposed to the current threshold of EUR 200).

Expenses incurred for health, education, scientific, religious, cultural, sports and humanitarian purposes, as well as environmental protection, shall be recognised as expenses up to 3.5% of total revenue, as opposed to the previously prescribed 3%.

Determination of Capital Gains

According to the amendments, a capital gain represents the positive difference between the sales price and acquisition price of a qualifying asset or fair value recorded in accounting records and adjusted for tax depreciation. Only 50% of capital gain realised is included in the taxable base in the year in which it occurred.

New Tax Incentives

(1) Extended list of entities which are not subject to CPT

The list of entities that are not subject to CPT is extended. However, the exemption does not apply to profitable activities of those entities. Besides the government and self-government institutions, the following entities are added to the list: the tourist organisations, sport clubs, public funds, public institutions, sport societies and alliances, religious communities, art associations, non-government organisations, political parties, chambers and syndicates. The taxable base in respect of profit realised in the market should be determined by excluding revenues and expenses related to the not for profit activity.

(2) Investment in tangible assets used for production of electricity from renewable resources

For a taxpayer who makes an investment in tangible assets used for production of electricity from renewable resources and energy efficiency, the tax base is decreased by 50% of investment made.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.